



Unsere Wohngemeinschaft



Franz Müntefering, Heike Keilhofer, Lukas Siebenkotten, Katja Dörner, Bernhard von Grünberg (v. l.)

#100JahreDMBBonn – das muss gefeiert werden. Eine bunt gemischte Wohngemeinschaft hat sich im Pantheon getroffen und kräftig gefeiert. Die Lachmuskeln wurden strapaziert, die Gruppe Grenzgänger spielte Songs aus 100 Jahren, Konrad Beikircher philosophierte über Beethoven als Mietnomade, Rainer Pause fand, dass man entweder Mitglied im Alpen- oder im Mieterverein sein sollte (wir bevorzugen natürlich Letzteres), Jürgen Becker meinte, dass städtischer Wohnraum in Bonn eigentlich nur noch unter der Nord-Adenauer- und der

Kennedy-Brücke vorhanden sei. Wenn schon am Rhein, könne man doch auf Hausbooten wohnen. Ella Anschein machte sich einen Reim darauf, dass ihre Generation nur noch auf dem Land eine Chance hätte. Martin Stankowski, der rheinische Historiker und Sprecher der WG, nahm Franz Müntefering in die Mangel. Dieser hatte den Begriff „Heuschrecken“ geprägt, aber nicht verhindern können, dass in „seiner Zeit“ massenweise Wohnungen an genau diese Unternehmen verkauft wurden.



Franz Müntefering (l.) im Gespräch mit Martin Stankowski

DMB-Bundesdirektor Lukas Siebenkotten und unser Vorsitzender Bernhard „Felix“ von Grünberg machten deutlich, dass es in den letzten 100 Jahren immer um dasselbe gegangen sei: mehr oder weniger Mietrecht, mehr

oder weniger öffentlich geförderte Wohnungen. Ein Dank an alle, die zum Gelingen des Abends beigetragen haben. Besonders an die guten Geister im Hintergrund – sowohl im DMB als auch im Pantheon! ■



Die Grenzgänger



Ella Anschein



Jürgen Becker



Konrad Beikircher



Rainer Pause

Dramatischer Verlust von Sozialwohnungen!

Wie die NRW-Bank in ihrem neuesten Jahresbericht mitgeteilt hat, werden die Zahlen der öffentlich geförderten Wohnungen in Bonn von 10.442 im Jahr 2017 auf 6.050 im Jahr 2030 fallen, das heißt um 42,1 Prozent. Neu gebaute, öffentlich geförderte Wohnungen können diesen Verlust voraussichtlich nicht kompensieren. 2016 wurden in Bonn noch 328 Wohneinheiten fertiggestellt, im darauffolgenden Jahr waren es nur noch 107, 2018 wurden 189 Wohneinheiten fertig und im Jahr 2019 bisher erst 25. Um den Verlust auszugleichen, benötigten wir ca. 360 neue Wohnungen pro Jahr. Aber schon jetzt ist die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen viel zu gering angesichts der Tat-

sache, dass 50 Prozent der Bonner Bürger ein geringes bis mittleres Einkommen haben und daher Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein hätten. Diese Prozentzahl wird noch steigen z.B. durch die erwartete Zunahme von Rentnerhaushalten.

Im Rhein-Sieg-Kreis sind die Verhältnisse zum Teil noch katastrophaler: Allein in Troisdorf werden bis 2035 zwei Drittel der öffentlich geförderten Wohnungen aus der Bindung herausfallen.

Darüber hinaus zahlen viele Wohnungsbaugesellschaften die öffentlichen Mittel vorzeitig zurück – etwa um die Wohnung ertragreicher modernisieren zu können. Die Wohnungen sind dann nach einer „Nachwir-

kungsfrist“ bindungsfrei, das heißt, sie können wie eine frei finanzierte Wohnung vermietet werden. Die Miete richtet sich nach den ortsüblichen Preisen. Die Stadt, der Kreis, aber auch Vermieter und die Bürgerschaft müssen noch größere Anstrengungen unternehmen, damit mehr öffentlich geförderter Wohnraum für Durchschnittsverdiener entsteht.

Bonn hat eine 40-prozentige Quote für öffentlich geförderte Wohnungen bei Neubaumaßnahmen beschlossen. Jetzt muss

unter anderem durch Planungsentscheidung diese Quote auch durchgesetzt werden (z.B. bei Bauvorhaben auf dem ehemaligen Postgelände in der Dorotheenstraße, bei der Landwirtschaftskammer in Holzlar etc.). Im Rhein-Sieg-Kreis gibt es eine solche Quote noch nicht. Die Planungskompetenz liegt auch bei den einzelnen Gemeinden. Es ist noch weniger damit zu rechnen, dass die Mehrheiten im Rhein-Sieg-Kreis sich wirklich stark machen für den öffentlich geförderten Wohnungsbau. ■

Zweckentfremdungssatzung ändern!

Der Mieterbund hat an die Verantwortlichen in der Stadt appelliert, die Zweckentfremdungssatzung der neuen Kölner Satzung anzupassen. Der wesentliche Unterschied zur bisherigen Satzung liegt darin, dass auch Wohnungen in die Zweckbindung mit aufgenommen werden, die sich eigengenutzt in einem Eigenheim oder in einer Wohnung befinden oder die in einem Wohnhaus mit weniger als drei Wohnungen liegen.

Das Amt für Soziales und Wohnen in Bonn hatte mehrfach beklagt, dass ein wesentliches Hindernis bei der Anwendung der bisherigen Bonner Satzung die Ausnahme gerade dieser Wohnungen aus der Satzung sei. Der Eigentümer einer solchen Wohnung konnte behaupten, dass er die Wohnung zwar selbst nutzt, wenn auch nur für kurze Zeit im Jahr, und in der restlichen Zeit z. B. an Airbnb vermietet.

Auch die Ausgleichszahlungen in der Kölner Satzung sind erheblich höher und gekoppelt an eine Quote der Neubaukosten. Angesichts des Wohnungsman-

gels in Bonn kann es nicht angehen, dass Wohnraum leer steht oder andersgenutzt wird. Airbnb hat kürzlich mitgeteilt, dass in Bonn ca. 1.200 Wohnungen regelmäßig über die Plattform als „Ferienwohnungen“ angeboten werden. Daneben gibt es andere Internetanbieter, aber auch Privatpersonen, die z.B. Wohnraum weitervermieten an Angehörige von Patienten, die in unseren Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen behandelt werden. Durch Ferienvermietung kann man nach Schätzung einen dreimal höheren Mietpreis erreichen als durch eine übliche Vermietung. Kein Wunder, dass diese „Geschäftsidee“ immer weiter wächst, wenn hier nicht ein Riegel vorgeschoben wird. Die Stadt Köln hat das Wohnungsamt personell zudem so ausgestattet, dass die neue Satzung auch die erwünschten Ziele erreicht. Mit Hilfe einer Postkartenaktion hat sie die Bevölkerung gebeten, zweckentfremdete Wohnungen auch beim Wohnungsamt zu melden. Ein gutes Vorbild für Bonn. ■

Bündnis für Wohnen in Bonn auf 1.-Mai-Demo #Wirwollenwohnen

Das Bündnis für Wohnen in Bonn, bestehend aus Mieterbund, Arbeiterwohlfahrt, DGB, Caritas, Diakonie und dem Paritätischen, hat erstmalig gemeinsam an der Demo zum 1. Mai in Bonn mit einem gemeinsamen Infotisch und einer symbolischen „Zeltstadt“ teilgenommen. Wir waren Teil der ersten landesweiten Initiative, die vom DMB-Landesverband NRW

initiiert wurde und die in vielen Städten in NRW demonstriert hat.

Am 31. August werden das Bündnis für Wohnen und weitere Organisationen auf dem Friedensplatz in Bonn den Bürgerinnen und Bürgern eine weitere Tagesveranstaltung anbieten. Die Leser der MieterZeitung haben die Möglichkeit, sich direkt zu informieren und Fragen zu stellen. ■



Foto: Heike Keilhofer

Infostand des Bündnisses in Bonn